



# HESSISCHER LANDTAG

22. 05. 2014

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Flüchtlinge in Europa und Hessen gerecht behandeln**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert zutiefst die menschlichen Tragödien und das Leid, die Verfolgung, Flucht und Vertreibung bedeuten. Insbesondere die Flucht über das Mittelmeer nach Europa birgt für die Flüchtlinge erhebliche Gefahren für Leib und Leben, denen begegnet werden muss. Der Landtag unterstreicht die herausragende Bedeutung des Rechts auf Asyl für alle politisch Verfolgten. Der Landtag bekennt sich zur humanitären Verpflichtung Hessens und Europas, Flüchtlinge aufzunehmen und angemessen zu versorgen. Der Landtag betont die Notwendigkeit, die europäischen Außengrenzen zu kontrollieren, die Notwendigkeit zügiger rechtsstaatlicher Verfahren anhand klarer Kriterien für Asylsuchende ebenso wie die Teilnahme an Resettlement-Verfahren und die Beachtung Europäischer Richtlinien zur Behandlung von Flüchtlingen einschließlich der EU-Aufnahme und Rückführungsrichtlinie. Der Landtag begrüßt das Vorhaben der schwarz-grünen Koalition, die EU-Richtlinie für besonders Schutzbedürftige (Kranke, Alte, Traumatisierte, Menschen mit Behinderung) aktiv umzusetzen und möglichst bei der Erstaufnahme bereits den Unterstützungsbedarf zu klären.
2. Der Landtag erkennt, dass insbesondere die Mittelmeeranrainerstaaten Südeuropas derzeit sehr viele Flüchtlinge aufnehmen. Nach dem Dublin-III-Abkommen tragen sie eine besondere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Rechte der Flüchtlinge in Europa gewahrt und geschützt werden. Der Landtag spricht sich im Geiste europäischer Solidarität für eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten aus, die soziale, sprachliche oder familiäre Bezugspunkte berücksichtigen sollte. Der Landtag appelliert an alle EU-Mitgliedsstaaten, sich zu verpflichten, diejenigen EU-Länder wirksam zu unterstützen, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen. Die sog. Dublin-III-Verordnung soll überprüft werden, insbesondere inwieweit ein wirksamer humanitärer Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union durch eine gemeinsame Politik und Finanzierung gesichert werden soll.

Wiesbaden, 21. Mai 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**